

# hein.direkt 10

Zeitung der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein für Magdeburg und Schönebeck

## Die schwarze Null

Das Gerede der Regierung von der »schwarzen Null« ist eine einzige Irreführung. Dieses Bild suggeriert, dass ein ausgeglichener Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung angestrebt wird, der sich aber faktisch nur erreichen lässt, wenn den Armen und sozial Schwachen im Land weiter in die Tasche gegriffen wird.

Behauptet wird, dass keine Schulden mehr gemacht werden, obwohl zum Beispiel die Altschuldentilgung davon gar nicht berührt ist und diese Schulden weiter bedient werden. Behauptet wird darüber hinaus eine seriöse Haushaltsführung. Auch das stimmt nicht, denn es werden Ausgaben für Renommierprojekte, regierungsamtliche Bauvorhaben und fragwürdige Institutionen getätigt, während dringend benötigte Investitionen in Bildung, Arbeit, Infrastruktur und Kultur auf der Strecke bleiben.

Entscheidend ist, dass die beschlossene Schuldenbremse, die als Grundlage für die »schwarze Null« dient, die Konjunktur abwürgt sowie Länder und Kommunen knebelt. So darf per Gesetz für den Bund ab dem Jahr 2016 die Nettokreditaufnahme 0,35 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten, den Ländern ist sie ab dem Jahr 2020 sogar ganz verboten. Es muss hier die Frage erlaubt sein, wie eigentlich das Land Bundesrepublik Deutschland seine dringenden Strukturreformen umsetzen will, wenn es sich selbst finanziell kastriert.

Das betrifft auch das Problem der Steuergerechtigkeit. DIE LINKE unterstützt die aktuelle Kritik des Bundesrechnungshofes, dass der Haushaltskonsolidierungskurs der Bundesregierung keine strukturelle Konsolidierung ist. Die Vielzahl von Beispielen für die Verschleuderung

von Steuergeldern durch den Bund und von Sachverhalten, die sich infolge unzureichender Planung und Kontrolle in Zukunft als unnötig kostspielige Ausgaben erweisen könnten, zeigen vor allem eins: Ein nachhaltiger Bundeshaushalt ist Risiken ausgesetzt und die finanziellen Handlungsspielräume sind ausgereizt, wenn nicht endlich Steuergerechtigkeit hergestellt wird.

DIE LINKE fordert daher eine wirksame Haushaltskonsolidierung durch eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens: Spitzensteuersatz der Einkommensteuer erhöhen, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Millionärsteuer und Finanztransaktionssteuer einführen, Gewinne beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften besteuern, Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent zurücknehmen, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, leistungslos erzielte Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel abschöpfen. Durch intensivere Betriebsprüfungen bei Großunternehmen und Banken sowie eine bessere personelle und technische Ausstattung der Steuerfahndung können höhere Einnahmen erzielt werden. Einen Schwerpunkt bildet die Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung über Scheinfirmen. Den Abbau öffentlicher Schulden durch Leistungskürzung für Menschen mit geringem Einkommen und die Streichung von Mitteln, die Arbeitsplätze schaffen und sichern, lehnt DIE LINKE ab.

Soziale Gerechtigkeit und »schwarze Null« schließen sich bei neoliberalen Umverteilungsexzessen von unten nach oben aus. DIE LINKE strebt eine staatliche Haushaltsorganisation an, die endlich den wirklichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entspricht.

Dr. Detlef Kannapin

## Editorial



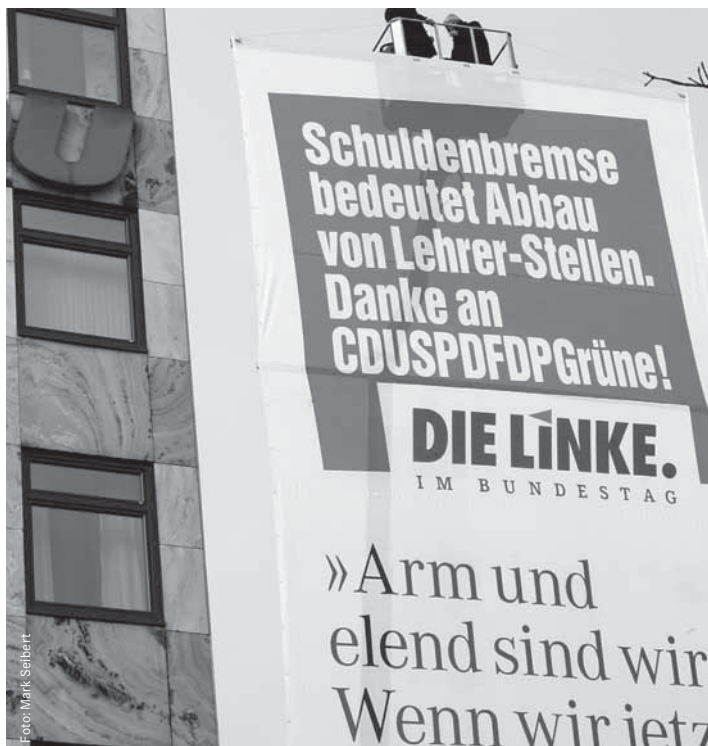
Liebe Leserin,  
lieber Leser,

*Ein Jahr Groko ist vorüber und es gab reichlich Gesetze. Mindestlohn, doch nicht für alle, Mütterrente, doch Ostkinder wiegen immer noch nicht gleich schwer, Rente ab 63, aber die Bundesregierung hat das Ausmaß unterschätzt, mehr BaföG, aber erst ab 2016. Und: nicht zu vergessen die schwarze Null im Haushalt.*

*Was gäbe manche und mancher dafür, auf dem eigenen Konto eine schwarze Null zu finden, wenigstens eine schwarze Null. Aber damit lässt die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger weitgehend allein. Wer glaubt, mit Mindestlohn und Rentenreform sein nun alles in Butter, der täuscht sich sehr. Auch im neuen Jahr bleiben massenhaft Baustellen in der sozialen Arbeit und der Beschäftigungspolitik offen. Grund für uns am Ball zu bleiben. Auf DIE LINKE ist Verlass. Im Bund, im Land und in der Stadt. Darauf können Sie auch im neuen Jahr vertrauen.*

*Heute finden Sie in meiner Zeitung zudem einen Beitrag des Oberbürgermeisterkandidaten der LINKEN, Frank Theile, und die Vorstellung weiterer neuer Stadträte.*

Ihre



# Gestatten: DIE LINKE/ Gartenpartei im Stadtrat

*In loser Folge stellen wir hier unsere Stadträtinnen und Stadträte vor.*

## Jenny Schulz



Seit meinem Studium der Politikwissenschaft lag mein Fokus auf der internationalen Politik. Dieser hat sich mit der Wahl zur Stadträtin in Richtung Kommunalpolitik verschoben.

Ich will versuchen internationale und kommunale Perspektiven und Fragestellungen bei meiner Tätigkeit als Stadträtin zu verbinden. Als Mitglied des RWB-Ausschusses werde ich besonderes Augenmerk darauf legen, wenn Fragen der EU-Politik Magdeburger Belange berühren.

## René Hempel

Ich heiße René Hempel und bin 35 Jahre alt. Ich bin verheiratet und habe eine mittlerweile sechsjährige Tochter. Nach meinem Universitätsabschluss in den Fächern Geschichte und Sozialwissenschaften begann ich als Angestellter der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein zu arbeiten und koordiniere im Wahlkreis die Termine.

Ich bin Mitglied im Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten, sowie im Jugendhilfeausschuss, in dem ich bereits vor meiner Stadtratstätigkeit als ordentliches Mitglied für die Fraktion DIE LINKE saß. Daher stehe ich im ständigen Kontakt und Austausch mit verschiedenen Trägern und Personen, um anstehende Schwierigkeiten und Probleme in dieser Stadt schnell zu lösen. Auch als Mitglied des Elternkuratoriums einer Kita in dieser Stadt werden mir viele Probleme direkt zugetragen. Augenblicklicher Schwerpunkt meiner kommunalen Tätigkeit ist die Verbesserung der Situation der nach Magdeburg kommenden Flüchtlinge, die man als



katastrophal bezeichnen kann. Doch besonders die in der letzten Zeit erlebte Spendenbereitschaft vieler Menschen unserer Stadt zeigt mir, dass wir diese Situation gemeinsam verbessern können. Ich wünsche mir, dass wir zu einer angenehmen Lösung kommen werden, die auch eine neue Willkommenskultur der Stadt aufzeigt. Es gibt genug Wohnraum in Magdeburg, um die

## Dennis Jannack

Mein Name ist Dennis Jannack. Geboren und aufgewachsen bin ich in Magdeburg und lebe mit meiner Frau und unseren Kindern in Fermlersleben.

Als Vertreter unserer Fraktion im Jugendhilfeausschuss werde ich für die Schaffung neuer Kindertagesstätten und Spielplätze genauso wie für die Einrichtung von Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendtreffs eintreten. Träger der Kinder- und Jugendarbeit können mit meiner Unterstützung rechnen. Für Kinder und Jugendliche



Ein weiterer Schwerpunkt meiner Ratstätigkeit liegt als Vorsitzende des FuG-Ausschusses bei familienpolitischen Aspekten und Fragen der Gleichstellung. Einsetzen will ich mich für eine familienfreundlichere Politik und gleiche Bedingungen für Frauen und Männer auf möglichst breiter Ebene in Magdeburg.

Selbstverständlich für mich ist das Interesse und Engagement für auftretende Probleme in meinem Wahlbereich zu dem die peripheren Stadtgebiete Ottersleben, Diesdorf und Teile von Stadtfeld West gehören.

ankommenden Flüchtlinge dezentral unterzubringen. Für mich gibt es keinen nachvollziehbaren Grund, Menschen in ein Heim zu stecken.

Ich wollte und möchte kommunalpolitisch tätig sein, weil auf dieser Ebene sehr viele Lebensumstände unserer Gesellschaft entschieden werden. Ich wünsche mir eine Stadt mit einem breiten kulturellen und sozialen Angebot, an dem alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen bzw. ihrer Herkunft teilhaben können. Ich habe ein relativ breites Interessenfeld was Politik im Allgemeinen betrifft. So beschäftige ich mich neben meinen Aufgaben in den Ausschüssen auch verstärkt mit verkehrs- und umweltpolitischen Themen. Besonders werde ich in den kommenden Jahren darauf drängen, dass wir als Fraktion erste Schritte unternehmen, um mittelfristig in dieser Stadt einen fahrscheinlosen ÖPNV zu erhalten. Dabei sollen alle EinwohnerInnen eine allgemeine Abgabe machen und dafür im Gegenzug Busse und Bahnen ohne weitere Kosten nutzen dürfen.

werde ich nicht nur im Stadtrat Ansprechpartner sein.

Weiterhin bin ich in dieser Wahlperiode im Umweltausschuss tätig: Einem weiteren Ausbau des Verkehrslandeplatzes werde ich nicht zustimmen. Anwohnerinnen und Anwohner müssen vor Belastungen durch Lärm und Abgase geschützt werden. Daher befürworte ich auch die Festsetzung von erweiterten Ruhezeiten für den Verkehrslandeplatz, z.B. an Sonn- und Feiertagen sowie in der Mittagszeit.

## Karsten Köpp

Ich bin Karsten Köpp, 44 Jahre, Diplom Verwaltungswissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt. Ich wohne am Heumarkt. Die Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei vertrete ich u.a. im Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten sowie im Ausschuss für Familie und Gleichstellung.

Als Stadtrat engagiere ich mich für ein sozial gerechtes, familienfreundliches und weltoffenes Magdeburg, in dem jeder Mensch respektiert wird und die gesellschaftliche Teilhabe für alle gesichert ist.

Mein besonderes Augenmerk gilt Ostelbien. Hier wurde ich in den Stadtrat gewählt. Für diesen Stadtteil werde ich mich besonders einsetzen, um die Wohn- und Lebensqualität für alle Generationen weiter zu verbessern.

In diese Entwicklung gilt es, die zu Magdeburg gehörenden Ortschaften Pechau und Randau-Calenberge einzubeziehen. Ein effizienter Hochwasserschutz sowie die nachhaltige Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sind dafür wichtige Voraussetzungen.



**Allzeit  
erreichbar:**

Fraktion  
DIE LINKE / Gartenpartei

Altes Rathaus, Alter Markt 6,

Tel.: (0391) 540 2226

dielinke.fraktion@  
stadt.magdeburg.de



# Hochwasser 2013

## Ein Rückblick anderthalb Jahre danach

Das Hochwasser im Jahr 2013 hat viele Orte Sachsen-Anhalts stark getroffen, Ortschaften wurden überschwemmt, Familien verloren ihr Zuhause.

Die Höhe der Schäden belief sich auf ca. 2 Milliarden Euro. Auch in Magdeburg und in und um Schönebeck, Calbe und Barby wurden schwere Schäden angerichtet. Noch heute leiden viele Menschen unter den Folgen der Naturkatastrophe.

In einer solchen Situation ist es um so wichtiger, dass sowohl betroffene Privatpersonen als auch den

betroffenen Städten und Gemeinden schnell und unbürokratisch geholfen wird.

Für die Beseitigung der Schäden und den Wiederaufbau wurden bisher Fördermittel in Höhe von ca. 170 Millionen Euro bewilligt.

Oftmals besteht jedoch das Problem nicht darin, dass keine Fördermittel zur Verfügung stehen, sondern dass sich die Bewilligung der Fluthilfe zu langwierig und bürokratisch gestaltet. So wurden beispielsweise bis Anfang Dezember erst zehn Prozent der Anträge aus Barby durch

das Landesverwaltungsamt bewilligt. Das stellt sowohl die Flutgeschädigten als auch die Stadt Barby vor große Probleme. Barby ist nur ein Beispiel von vielen. Noch immer müssen viele Häuser aber auch kommunale Einrichtungen und Hochwasserschutzanlagen saniert werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch betroffene Gemeinden, fühlen sich mit ihren Problemen allein gelassen. Eine Lösung kann auch darin bestehen, dass die gestellten Anträge auf Fluthilfe zügig bearbeitet werden und den Antragstellern keine

bürokratische Hürden in den Weg gelegt werden.

Auch das Land hat aus dieser Situation Konsequenzen gezogen und die Fristen für die Antragstellung bis zum 30. Juni 2015 verlängert. Die Frist für die Bewilligung endet nun am 31. Dezember 2015. Nun sind das Landesverwaltungsamt und die Investitionsbank gefordert, als Bewilligungsbehörden dafür zu sorgen, dass die Bearbeitung der Anträge schnell und unkompliziert erfolgt.

*Torsten Hans*

## Für einen Bürgerentscheid bei wichtigen Projekten!

von Frank Theile, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE/ Gartenpartei und OB-Kandidat

Die vor einigen Wochen in die Öffentlichkeit gelangte Explosion der für den Tunnelbau benötigten Gelder stellt uns in der LH Magdeburg vor ein enormes Problem. Schon jetzt ist offensichtlich, dass Gelder des Haushalts von anderen dringend benötigten Instandsetzungsarbeiten und Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen zugunsten des Tunnelbaus umgewidmet werden müssen. Auf Jahre hinaus werden uns die Folgen des »Tunnelschocks« haushalterisch belasten und die Investitionsmöglichkeiten und Handlungsfähigkeit Magdeburgs massiv einschränken.

Die Konsequenzen für den Stadthaushalt und damit die Folgen für andere Bereiche, wie Kultur und Soziales, sind für die kommenden Jahre nicht absehbar – vielmehr müssen wie in den vergangenen Jahren schon weitere harte Ein-



schnitte befürchtet werden. Entsprechend groß ist die Empörung der Bürgerinnen und Bürger. Kaum ein

anderes Thema erregt augenblicklich so sehr die Gemüter der Menschen in Magdeburg.

Wir LINKE sehen uns in der Sichtweise bestärkt, dass für alle großen städtebaulichen Maßnahmen in derartiger finanzieller Dimension die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt per Bürgerentscheid mitbestimmen müssen. Nur so erhalten wir eine breite demokratische Legitimität, ob derartige Projekte gebaut werden soll oder eben nicht.

Dabei müssen alle Informationen der Verwaltung offen und transparent gemacht werden, um eine gute Entscheidung für Magdeburg zu treffen. Aufgrund des überdimensionalen Aufwuchses der Baukosten des Tunnels hätte dies auch noch erfolgen müssen. Doch mit der Vergabe der Aufträge für den Tunnelbau in der Dezembersitzung des Stadtrates (mit der Stimmenmehrheit der SPD und CDU) hat die »Große Koalition« in Magdeburg Fakten geschaffen.

## Anschriften

**Wahlkreisbüro Magdeburg**  
 Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg  
 Telefon: 0391 / 8 19 00 05  
 Telefax: 0391 / 8 19 00 06  
 rosemarie.hein.ma02@bundestag.de  
 rosemarie.hein.ma04@bundestag.de

**Bundestagsbüro Berlin**  
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Telefon: 030 / 22 77 17 89  
 Telefax: 030 / 22 77 65 66  
 rosemarie.hein@bundestag.de

**www.rosemarie-hein.de**

**Impressum:** Redaktionsschluss: 22. Januar 2015. Herausgeberin: Rosemarie Hein (V.i.S.d.P.)  
**Redaktion:** Rosemarie Hein, Dr. Detlef Kannapin, Torsten Hans, René Hempel  
**Layout:** Trialon | **Satz:** Mark Seibert

## hein.direkt im Abo

**Ich möchte:**

- »hein.direkt« kostenlos erhalten
- Den E-Mail-Newsletter erhalten (bitte E-Mail-Adresse angeben)
- Informationen zu bildungspolitischen Themen erhalten
- Informationen zu folgenden Themen erhalten:

\_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

# Kooperationsverbot: Bildung muss Gemeinschaftsaufgabe sein

Kaum jemand sieht noch durch bei den unterschiedlichen Schulsystemen in den sechzehn Bundesländern. Darum fordern Viele mehr Einheitlichkeit in der Bildung und mehr Bundesverantwortung.

Die Länder sind aber nach Grundgesetz zuständig für die Gesetzgebung im Bildungsbereich, insbesondere bei den Schulen und Hochschulen. Seit 2006 kann der Bund nicht einmal mehr mitfinanzieren, zum Beispiel beim Hochschulbau, beim Schulbau und so weiter. Alles Ländersache. Immerhin, für den Hochschulbereich wurden in den vergangenen Jahren umfangreiche Pakte geschlossen, aber die sind bislang alle befristet.

Über die mangelhafte Beteiligung des Bundes bei der Bildungsfinanzierung beschwerten sich immer mehr Lernende, Lehrende, Eltern und Großeltern. Auch die Hochschulen können durch die Länder allein nicht mehr auskömmlich finanziert werden. Darum gab es bei Bund und Ländern die Einsicht, dieses 2006 verhängte Verbot der Zusammenarbeit wenigstens zu lockern. Allerdings nur im Hochschulbereich. Hier können künftig gemeinsame Aufgaben auch dauerhaft gemeinsam finanziert werden. Im Gegenzug übernimmt nun der Bund die gesamten Kosten für das Bafög. Wir haben im Bundestag diese Grundgesetzänderung abgelehnt, obwohl auch wir wissen, dass das Geld, was nun fließen könnte, an den Hochschulen dringend gebraucht wird. Warum?

Natürlich haben die Länder im Dezember der Grundgesetzänderung zugestimmt. Doch: Ändert das was an der verfahrenen Situation in den



Schulen? Nein, leider nicht. Es gibt immer noch keine Möglichkeit, gemeinsam in den Schulbau zu investieren, Schulsozialarbeit gemeinsam zu finanzieren, die Ausstattung an den Schulen mit

Lehr- und Lernmitteln zu verbessern, und so fort. Es gibt auch keine Garantie, dass nun in die Hochschulen mehr Geld des Bundes fließt als bisher.

Die meisten Finanzierungsaufgaben bleiben auch nach dieser Grundgesetzänderung ungelöst. Dabei wäre es wichtig, zum Beispiel für die verstärkte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern zu sorgen. In den Pflegeberufen ist immer noch ein eklatanter Mangel und nicht wenige Schülerinnen und Schüler, die zum Beispiel Physiotherapie oder Heilpädagogik erlernen wollen, müssen ihre Ausbildung selbst bezahlen.

Da es in der Bildung nicht rosig aussieht und die Befunde sich nur sehr langsam verbessern, erfindet die Bundesregierung seit Jahren Umweg-Programme, zum Beispiel für die Berufsorientierung. Lehrerinnen und Lehrer sind oft genervt, weil sie am laufenden Band mit immer neuen Programmen konfrontiert werden, die nach wenigen Jahren wieder auslaufen. Freie Träger, die solche Programme durchführen, wissen nie, wie lange sie ihre Fachkräfte beschäftigen können.

Diesem ganzen Unsinn wird immer noch kein Ende bereitet. Statt endlich Bildung zur Gemeinschaftsaufgabe zu machen und den Bund in die Verantwortung zu nehmen, haben auch die Länder diese Chance für eine bessere Bildungsfinanzierung verstreichen lassen. Um das deutlich zu machen, haben wir die Grundgesetzänderung nur für die Hochschulen abgelehnt.

Rosemarie Hein

## Kreuzworträtsel

Gewinnen Sie mit Rosemarie Hein: Senden Sie die Lösung an Rosemarie Hein (MdB), Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg. Oder per E-Mail an rosemarie.hein.ma04@bundestag.de

**1. Preis:**  
 Eine Reise nach Berlin zum Bundestag mit Führung und Mittagessen für zwei Personen oder Gutschein über hundert Euro für ein Essen in einem Restaurant ihrer Wahl.

**2. Preis:**  
 Ein Büchergutschein über 30 Euro.

**3. Preis:**  
 Kinogutscheine für zwei Personen

Das Lösungswort lautet:

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

Vorraum der Wohnung	▼	vernunftgemäß, ähnlich	ugs. für: heran	▼	Papstname	▼	genug! (ital.)	▼	ital. Reispeise	Kneipe im engl. Stil	▼	kosmetisches Mittel (ZW.)	▼	türk. Fleisch am Spieß	Abk.: Astrologie
ugs.: Unsinn, Geschwätz	▶								Vorname der Anderson	▶					
Zweifingerfaulter	▶				Schwachsinn		Gespens-tertreiben	▶				duftende Blume		leises Murren	
	▶						planmäßige Neuge- staltung	▶	alt	▶					
Durch- fahr	▶	von großer Lebens- kraft	Sitten- lehre	Wurfpfeil	3				feind- licher Spion	▶	oberhalb von				1
kurz für: von dem	▶			Figur in 'Doktor Schwa- go'		Teilstre- cke beim Rad- rennen							franz. Stadt an der Garonne		deutscher Dichter 1956
	▶					dichter Nebel in England				Abk.: Nord- deutscher Rundfunk		dt. TV- Mode- rator (Stefan)			
Eintänzer		Vernunft, Verstand	▶					zurzeit gerade beliebt (ZW.)							4
	▶	2				kugel- kreis- förmig					Hirt auf der Alm				
afrik. Gesell- schaft- sreise			großer Krach, Radau	▶				Augen- flüssig- keitstrop- fen (Mz.)							